

Fragen

**für die Fragestunde der 120. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 24. Oktober 2007**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27, 28
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	21, 22	Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	7, 14
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	2, 4	Maisch, Nicole (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 11
Dreibus, Werner (DIE LINKE.)	3	Schneider, Volker (Saarbrücken) (DIE LINKE.)	30, 31
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.)	15, 16	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	19, 20
Hermann, Winfried (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 24	Stokar von Neuforn, Silke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 26
Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.)	12, 29	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 13
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	8, 9		
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	6		
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 18		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	9

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

1. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
In welcher Weise hat Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in ihren jüngsten Gesprächen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin vor einem erneuten gravierenden Rückschritt für die Demokratie in Russland gewarnt, falls die zurzeit im Kreml ventilierten Pläne (FOCUS Nr. 42 vom 15. Oktober 2007) zu einer Rochade zwischen dem jetzigen Präsidenten und dem amtierenden Ministerpräsidenten verwirklicht würden und Wladimir Putin damit entgegen der russischen Verfassung, die nur zwei aufeinanderfolgende Wahlperioden vorsieht, für eine dritte Amtszeit als Präsident kandidieren würde?

2. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
Inwieweit sieht die Bundesregierung die Beziehungen zur Schweiz dadurch beeinträchtigt, dass die Bundesratspartei Schweizerische Volkspartei (SVP), die derzeit mit großer Wahrscheinlichkeit auch nach den Wahlen den Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements stellt, einen Wahlkampf führt, den der UN-Sonderberichterstatter für Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung, Doudou Diene, als „rassistisch und fremdenfeindlich“ (Deutsche Welle vom 14. Oktober 2007) bezeichnete und dieser Partei „Rassenhass“ (SPIEGEL ONLINE vom 2. Oktober 2007) vorwarf?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

3. Abgeordneter
Werner Dreibus
(DIE LINKE.)
Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zu einem möglichen Verbotverfahren gegen die NPD ein vor dem Hintergrund, dass die NPD Hessen im hessischen Landtagswahlkampf mit einem von der Schweizerischen Volkspartei (SVP) übernommenen „Schwarze-Schafe“-Plakat wirbt, welches der UN-Sonderberichterstatter für Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung, Doudou Diene, als „rassistisch und fremdenfeindlich“ einstuft (Deutsche Welle vom 14. Oktober 2007)?

4. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
Inwieweit wäre die Bundesrepublik Deutschland das einzige EU-Mitgliedsland, das den für den 23. Oktober 2007 geplanten Vorstoß des EU-Justizkommissars Franco Frattini ablehnen würde, eine EU-Richtlinie zu einer sog. Blue Card zur Einwanderung qua-

lifizierter Fachkräfte zu beschließen, und wie begründet die Bundesregierung ihre mögliche Ablehnung gegenüber den anderen EU-Mitgliedstaaten und dem EU-Parlament, das die Einführung der „Blue Card“ unterstützt (Bericht aus Brüssel Nr. 12/2007 vom 8. Oktober 2007)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

5. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum hat die Bundesregierung, nachdem das Amtsgericht München am 31. Januar 2007 Haftbefehle gegen 13 mutmaßliche CIA-Entführer des Khaled El Masri wegen dringenden Verdachts der Freiheitsberaubung und der gefährlichen Körperverletzung erließ, sich geweigert, über das Bundesamt für Justiz ein diesbezügliches Inhaftnahmeersuchen der Münchner Staatsanwaltschaft an die USA weiterzuleiten, und in wie vielen Fällen zuvor hat die Bundesregierung schon einmal derartige Inhaftnahmeersuchen zu übermitteln verweigert oder Auslieferungersuchen von Drittstaaten abgelehnt?
6. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)
- Ab wann stehen die Haushaltsmittel zur Umsetzung des „Dritten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR“, in Kraft getreten am 29. August 2007, für die „Besondere Zuwendung nach § 17a des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes“ den auszahlenden Dienststellen zur Verfügung, da laut telefonischer Auskunft der Regierung der Oberpfalz vom 16. Oktober 2007 derartige Mittel nicht vorhanden sind?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

7. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Vorschlag der OECD, die Reichen in der Bundesrepublik Deutschland stärker zu besteuern, um die Arbeits-einkommen zu entlasten, und wie bewertet die Bundesregierung die Feststellung der OECD, dass Deutschland innerhalb der OECD zu den Ländern gehört, die das Vermögen mit am wenigsten belasten (www.sueddeutsche.de; 18. Oktober 2007)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

8. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum unterstützt der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Horst Seehofer, die Nährwertkennzeichnung der Ernährungsindustrie, obwohl hier deutlich höhere Zuckerbedarfswerte zugrunde liegen, als sie beispielsweise von der WHO oder der Deutschen Gesellschaft für Ernährung angenommen werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Technologie**

9. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie stellt sich für die Bundesregierung der Zusammenhang zwischen der marktbeherrschenden Stellung von vier Anbietern beim Betrieb der Stromübertragungsnetze, der Stromerzeugung und bei den aktuellen Preissteigerungen dar, und wie will die Bundesregierung den EU-Beschluss vom März 2007 umsetzen, die Energiekonzerne über die Trennung von Energieerzeugung und Netzbetrieb zu entflechten?
10. Abgeordnete
**Nicole
Maisch**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was sind aus Sicht der Bundesregierung die Gründe für die aktuellen Preiserhöhungen bei Strom und Erdgas?
11. Abgeordnete
**Nicole
Maisch**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie wird die Bundesregierung gegen die aktuellen und die bereits in Aussicht gestellten künftigen Erhöhungen der Energie- und Erdgaspreise vorgehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

12. Abgeordnete
**Cornelia
Hirsch**
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Truppenübungsplatz in Ohrdruf, und wie sehen die aktuellen Planungen für diesen Standort aus?
13. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele in Afghanistan gemachte Gefangene, insbesondere denen rechtsstaatswidrige Verfahren oder Strafen wie die Todesstrafe drohen könnten, übergab die Bundeswehr seit Beginn ihres dortigen Einsatzes je an afghanische und US-amerikanische Stellen, und gegen wie viele davon wurden dann ein rechtsstaatswidriges Verfahren durchgeführt, Folter vollzogen, die Todesstrafe angedroht, verhängt oder gar vollstreckt?
14. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzsch**
(DIE LINKE.)
- Trifft es zu, dass die Bundesregierung Panzer der Bundeswehr an die kanadischen Truppen, die im Süden Afghanistans stationiert sind, im Rahmen eines Leasing-Vertrages verleiht, und welche weiteren Leasing-Verträge gibt es zur Weitergabe von Waffen der Bundeswehr (WirtschaftsWoche; 15. Oktober 2007)?
15. Abgeordneter
**Wolfgang
Gehrcke**
(DIE LINKE.)
- Hält es die Bundesregierung für angemessen, wenn der ISAF-Generalstabschef, der deutsche Generalmajor Bruno Kasdorf, mit der Forderung nach mehr Einsatzkräften in Afghanistan in die Meinungsbildung des Bundestages eingreift (FAZ.NET vom 11. Oktober 2007)?
16. Abgeordneter
**Wolfgang
Gehrcke**
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Aussage des Generalmajors Bruno Kasdorf, „alle Beschränkungen, die wir haben, behindern uns in der militärischen Operationsführung“?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung**

17. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Aussagen zur Höhe der Anschubfinanzierung für den sechsstreifigen Ausbau der Autobahn 8 zwischen München und Augsburg kann die Bundesregierung zum jetzigen Zeitpunkt treffen, nachdem das bisher einer Antwort entgegenstehende Nachprüfverfahren vor der Vergabekammer mittlerweile abgeschlossen werden konnte, und welche Vorhaltungen hinsichtlich des Zuschlags auf ein Unterangebot wurden dem Konzessionsgeber gemacht?
18. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie konnte die Bundesregierung den wirtschaftlichen Vorteil des A-Modells gegenüber der herkömmlichen Finanzierung des sechsstreifigen Ausbaus der Autobahn 8 zwischen München und Augsburg mit 10,02 Prozent beziffern (Antwort zu Frage 22 auf Bundestagsdrucksache 16/6063), wenn der Ausbau und Unterhalt nach herkömmlichem Verfahren 257 Mio. Euro gekostet hätten (Antworten zu den Fragen 18 und 19 auf Bundestagsdrucksache 16/6063), das Konzessionsvolumen aber 730 Mio. Euro beträgt (Antwort zu Frage 21 auf Bundestagsdrucksache 16/6063) und eine Aussage zu den Kosten erst am Ende der Konzessionslaufzeit getroffen werden kann (Antwort zu Frage 15 auf Bundestagsdrucksache 16/6063), und inwieweit hält die Bundesregierung das A-Modell für finanziell vorteilhafter für den Bund als das F-Modell oder die private Vorfinanzierung?
19. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Nach welchen Maßgaben und Kriterien und mit welchen Zielstellungen wird der barrierefreie Neu- und Umbau von Bahnhöfen der Deutschen Bahn durch den Bund gefördert?
20. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung die Kritik des Sozialverbandes VdK Deutschland zu den Plänen vom Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee, den barrierefreien Neu- und Umbau von Bahnhöfen mit weniger als 1 000 Reisenden pro Tag künftig nicht mehr zu fördern (siehe Pressemitteilung „Tiefensee plant Förderverbot für Barrierefreiheit“ des VdK vom 11. Oktober 2007)?

21. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
- Welches sind die Gründe dafür, dass die Bundesregierung entgegen dem Beschluss der Ministerpräsidenten-Konferenz Ost (MPK Ost) am 27. Juni 2007 offenbar nicht beabsichtigt, innerhalb des Vorhabens Nr. 22 in Anhang III der gemeinschaftlichen Leitlinien für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V-Leitlinien) die Neubaustrecke Prag–Dresden und die Ausbaustrecke Dresden–Berlin als „prioritär“ einzuordnen bzw. bei der EU-Kommission für die anstehende Revision der TEN-Leitlinien anzumelden, und welche Fortschritte sind für die Projekte in Ostdeutschland zu verzeichnen, mit deren Verwirklichung vor 2010 laut Anhang III begonnen werden soll?
22. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
- Welche Vor- und Nachteile (gegebenenfalls auch aus zeitlicher, planungsseitiger sowie finanzieller Sicht) würden sich aus einer Einordnung des Schienenstreckenabschnittes Prag–Dresden und Dresden–Berlin ins EFRE-Programm gegenüber einer Anmeldung für die TEN-Projekte ergeben, und inwiefern werden im Rahmen einer integrierten Verkehrspolitik Einnahmen aus der LKW-Maut für den Ausbau von Schienenwegen eingesetzt?
23. Abgeordneter
Winfried Hermann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie lange will sich die Bundesregierung den verfahrenen Konflikt zwischen der Deutsche Bahn AG und der Lokführergewerkschaft GDL noch mit ansehen, ohne sich einzuschalten?
24. Abgeordneter
Winfried Hermann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum sorgt die Bundesregierung angesichts der hohen Verantwortung für die Bahnkunden, Bahnmitarbeiter und die Volkswirtschaft insgesamt nicht dafür, dass die Führung der bundeseigenen DB AG sich an die Schlichtungsvereinbarung hält und ein kompromissfähiges Angebot vorlegt, das einen „eigenständigen“ Tarifvertrag mit der GDL ermöglicht?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

25. Abgeordnete
**Silke
Stokar von Neuforn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche präventiven Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die Bevölkerung vor der durch den Bundesminister des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, öffentlich geäußerten Gefahr eines Nuklearterrorismus zu schützen?
26. Abgeordnete
**Silke
Stokar von Neuforn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche präventiven Maßnahmen wird die Bundesregierung angesichts der durch den Bundesminister des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, öffentlich geäußerten Gefahr eines Nuklearterrorismus ergreifen, um Transporte von schwachradioaktivem Material und Lager mit schwachradioaktivem Material besser gegen Diebstahl zu schützen?
27. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern sind die Meldungen vom 17. Oktober 2007 der Nachrichtenagenturen AP und AFP zutreffend, dass Deutschland neben elf weiteren europäischen Staaten die sogenannte europäische Seveso-II-Richtlinie (Störfallrichtlinie) trotz mehrmaliger Aufforderung durch die EU-Kommission nur unzureichend umgesetzt habe und deshalb eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof drohe, und was sind die Gründe für die mangelnde Umsetzung?
28. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen will die Bundesregierung bis wann zur vollständigen Umsetzung der Seveso-II-Richtlinie ergreifen, um eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof abzuwenden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

29. Abgeordnete
**Cornelia
Hirsch**
(DIE LINKE.)
- Erhalten Jugendliche, die an dem Sonderprogramm Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ) teilnehmen, auch dann die ihnen zustehende Vergütung, wenn sie in Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II leben, oder was steht der Auszahlung gegebenenfalls im Weg?

-
30. Abgeordneter
**Volker
Schneider
(Saarbrücken)
(DIE LINKE.)**
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Forderungen der nordrhein-westfälischen SPD-Landesvorsitzenden, Hannelore Kraft, und des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Nordrhein-Westfalen, Karl-Josef Laumann, in der WAZ vom 15. Oktober 2007, nach Lösungen zu suchen, damit ältere ALG-II-Bezieherinnen und -Bezieher nicht „zwangsverrentet“ werden müssen?
31. Abgeordneter
**Volker
Schneider
(Saarbrücken)
(DIE LINKE.)**
- Plant die Bundesregierung ggf. Änderungen an den bestehenden Regelungen im SGB II bzw. SGB III vorzunehmen, damit ältere ALG-II-Bezieherinnen und -Bezieher auch weiterhin die Wahlmöglichkeit haben, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen, und wie sehen diese aus?

